



## DGB-SPITZENGESPRÄCH

# Besoldungs- und Versorgungsanpassung nach der Tarifrunde 2006

Von Hugo Müller

**Am 17. Oktober 2006 kam es in Sachen Besoldungsanpassung zu einem Spitzengespräch der Ö.-D.-Gewerkschaften im DGB Saar mit der Landesregierung. Am Spitzengespräch nahmen ver.di-Landesleiter Rolf Linsler, GdP-Landesvorsitzender Hugo Müller, GEW-Landesvorsitzender Klaus Kessler, sowie der Landesvorsitzende des DGB Saar, Eugen Roth, sowie Ministerpräsident Peter Müller, der Chef der Staatskanzlei und Minister, Karl Rauber, sowie Innenstaatssekretär Gerd Müllentbach teil.**

Intensiv diskutierte (und auch ansatzweise verhandelte) Themen waren

- die DGB-Forderung nach Übertragung des Tarifabschlusses auf den saarländischen Beamtenbereich,
- die Umsetzungsstrategie des Saarlandes bzgl. der Föderalismusreform.

### Zu 1.

Die klare und unmissverständliche Gewerkschaftsforderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich wurde zunächst unsererseits begründet.

Wir wiesen insbesondere auf entsprechende Regelungen anderer Bundesländer hin. So hat jüngst etwa die Landesregierung in Baden-Württemberg auch für Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger Einmalzahlungen für 2006 und 2007 beschlossen, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf „die berechtigten Erwartungen der Beamten, an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben“.

Oder das Beispiel Bayern: Der bayrische Finanzminister Faltthaus hat vor wenigen Tagen gegenüber der Öffentlichkeit erklärt: „Wir gehen mit den Sonderzahlungen im Beam-

tenbereich um 54 Millionen Euro über das Tarifergebnis hinaus.“

Auch riefen wir dem saarländischen Regierungschef seine eigenen Aussagen in der Saarbrücker Zeitung am 26. August dieses Jahres in Erinnerung: „**Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Die Beamten müssen bis 2009 keine weiteren Opfer bringen!**“

Nach Arbeitszeiterhöhung, realen Einkommensverlusten über einige Jahre, massiven Einschnitten bzw. Belastungen bei der Beihilfe und der Altersversorgung, sowie einer mehr als schmerzhaften Kürzung bzw. Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sollte eine inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auch wirklich kein Luxus sein.

Diesen Argumenten begegnete der Ministerpräsident jedoch mit dem Hinweis auf die Haushaltsnotlage des Saarlandes. Genau wie in Bremen werde er deshalb die Einmalzahlungen aus dem Tarifabschluss für die Jahre nicht übertragen können. Insbesondere vor dem Hintergrund der zu erwartenden Argumentation des Bundesverfassungsgerichtes im Hinblick auf die Zukunft des Länderfinanzausgleiches bzw. einer wieder-

holten zusätzlichen Entschuldung des Landes könne man sich eben nicht an finanzstarken, sondern allenfalls finanzschwachen Ländern orientieren.

Selbst für eine Übertragung der prozentualen/linearen Anpassung sei eigentlich kein Spielraum vorhanden.

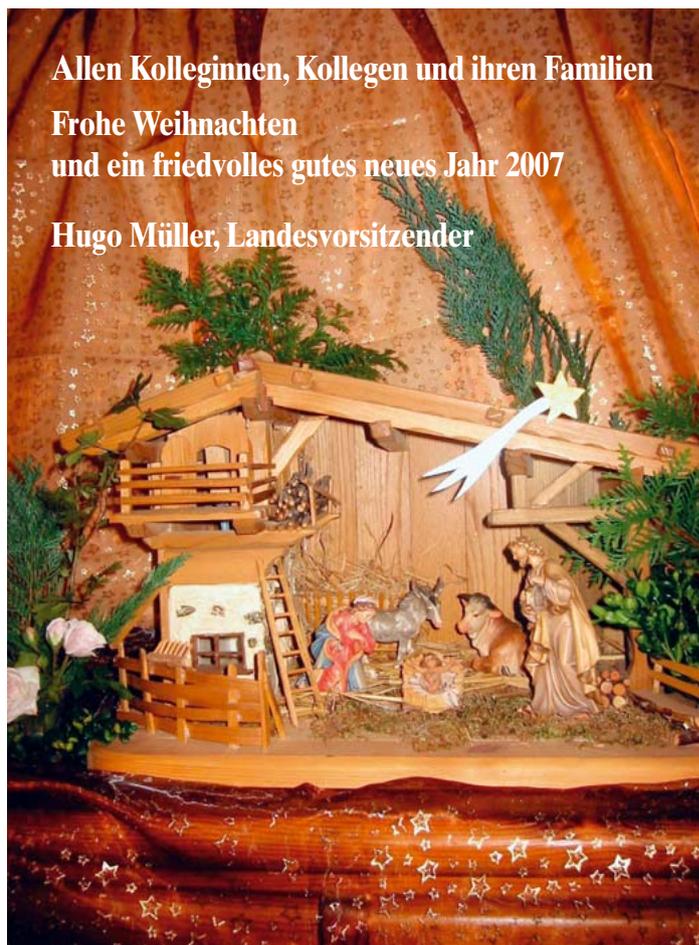
Nach einer intensiven Debatte wurde schließlich ein erstes Ergebnis erzielt:

- Ab 1. Januar 2008 erfolgt eine lineare Besoldungserhöhung

analog dem Tarifbereich um 2,9%!

- Es gibt eine zeit- und inhaltsgleiche Anpassung der Versorgungsbezüge, also keine Abkoppelung der Pensionäre!
- Eine Vorabzahlung bereits in 2007, ob einmalig, linear oder linear plus „Sockelung“ wird geprüft. Dazu wurde ein weiteres Gespräch nach Auslotung der Spielräume verabredet.

*Fortsetzung auf Seite 2*



Allen Kolleginnen, Kollegen und ihren Familien

Frohe Weihnachten  
und ein friedvolles gutes neues Jahr 2007

Hugo Müller, Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

- Nach Darstellung der besonderen Belastungssituation der Polizeibeschäftigten und der Notwendigkeit, über andere Maßnahmen einen gewissen

Entgeltgruppen nach TV-L	Entsprechende Zuordnung der A-Besoldung	Einmalzahlungen in 2006/2007 nach Tarifabschluss, Vorschlag des DGB
E 13 – E 15	A 13 – A 16	210 Euro
E 9 – E 12	A 9 – A 12	610 Euro
E 1 – E 8	A 1 – A 8	910 Euro

Quelle: DGB Flugblatt Baden-Württemberg, Ausgabe 10/2006 (Auszug)

- Ausgleich zu ermöglichen, war der Ministerpräsident zu folgenden Zugeständnissen bereit:
- Keine weiteren Verschlechterungen bei der Beihilfegewährung bis zum Ende dieser Legislaturperiode, also bis 2009.

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe unseres Landesteils ist der 6. Dezember 2006.

**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Saarland

**Geschäftsstelle:**  
Kaiserstraße 258  
66133 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 84 12 410  
Telefax (06 81) 84 12 415  
Homepage: www.gdp-saarland.de  
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

**Redaktion:**  
Dirk Schnubel (V.i.S.d.P.)  
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis  
Alte-Brauerei-Straße 3  
66740 Saarlouis  
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39  
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0170-6489

- Die in den letzten Jahren verordneten und aktuell angewandten Verschlechterungen bei der Beihilfe werden im Hinblick auf ihre sozialen Auswirkungen überprüft und eventuell korrigiert.

- Ein Ausgleich der Einschnitte bei den Sonderzuwendungen (Urlaubs-/Weihnachtsgeld) durch strukturelle Verbesserungen bei den Beförderungen in der saarländischen Polizei, z. B. Vorschlag der GdP zur Lösung des „POM-Problems“, wird wieder aufgeführt und geprüft.
- Um zum letztgenannten Punkt dem Ministerpräsidenten die Details nochmals darzulegen, wurde er mit nachfolgend abgedrucktem Brief über die Situation informiert.

### Zu 2.

Zur Umsetzung der Föderalismusreform wurde für den Zeitraum ab 2007 (vermutlich Frühjahr) eine gemeinsame Kommission bzw. ein runder Tisch mit breiter Beteiligung aller relevanten Gruppen, Verbände und Organisationen verabredet. Dabei wurde vereinbart, dass grundsätzlich keine Eile bestehe. Deshalb werde zunächst die Entwicklung auf Bundes- und Länderebene genau analysiert und mit eigenen Überlegungen und Rahmenbedingungen verbunden.

Ich darf mich bei den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die im vergangenen Jahr durch ihre unterschiedlichsten Berichterstattungen einen großen und wichtigen Beitrag zum Erfolg der Deutschen Polizei geleistet haben, ganz herzlich bedanken.

**D. Schnubel,**  
Landesredakteur

## BRIEF AN PETER MÜLLER

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir hatten am 17. Oktober 2006 Gelegenheit, mit Ihnen über die Umsetzung bzw. Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtenschaft im Saarland zu reden. Zu Ihrer Information lege ich ein Flugblatt bei, das wir von Seiten der GdP am Folgetag in der saarländischen Polizei veröffentlicht haben.

Vor dem Hintergrund der aus Ihrer Sicht eigentlich nicht „leistbaren“ Einmalzahlung für 2006 und 2007 hatten wir dann über „Ausgleichsmaßnahmen“ gesprochen, u. a. etwa über die Idee, keine weiteren Einschnitte bei der Beihilfe vorzusehen. Ich hatte dann auch nochmals ins Gespräch gebracht, dass es wohl im vergangenen Jahr im Finanzministerium den Gedanken gab, als Ausgleich für die doch harten Einschnitte im Bereich des Weihnachts- und Urlaubsgeldes das Beförderungsbudget zu erhöhen. Dieser Gedanke wurde bislang aber nicht weiter verfolgt.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf ein besonderes polizeispezifisches Problem hinzuweisen, dessen Lösung auch als Ausgleichsmaßnahme im oben genannten übergeordneten Sinne wirken würde:

Unter Berücksichtigung des heutigen Berufsbildes Polizei und der insbesondere durch das sog. Kienbaum-Gutachten gezogenen Vergleiche zu anderen Berufsbildern inner- und außerhalb der Verwaltung wurde zu Beginn des vergangenen Jahrzehntes bundesweit die Idee der zweigeteilten Laufbahn für die Polizei entwickelt, also die Zuordnung zum gehobenen und höheren Dienst. Auch im Saarland fiel eine entsprechende politische Grundentscheidung mit der Konsequenz, dass seit dem Jahre 1996 Einstellungen zur saarländischen Polizei ausschließlich direkt zum gehobenen Dienst erfolgen. Da seinerzeit die vorhandenen Beamtinnen und Beamten aber noch überwiegend im mittleren Dienst angesiedelt waren, gab es parallel verstärkte Anstrengungen, sich über eine Intensivierung der Aufstiegsausbildung sowie verschiedene Modelle der direk-

ten Überleitung vom mittleren zum gehobenen Dienst der Realisierung der zweigeteilten Laufbahn anzunähern. Leider wirkten die seit 1995 vorgegebenen engen Beförderungsbudget-Grenzen in diesem Zusammenhang mehr als kontraproduktiv.

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel im Jahre 1999 wurde im Innenministerium eine „Konzeption zur Personalentwicklung und Entwicklung der Stellenstruktur in der saarländischen Vollzugspolizei für die Jahre 2001 bis 2005“ vorbereitet. Ihr Ziel sollte sein, die in Ihrer Regierungserklärung vom 27.



Hugo Müller, Landesvorsitzender  
Foto: GdP-Archiv

Oktober 1999 vorgegebene deutliche Erhöhung des Stellenanteiles des gehobenen Polizeivollzugsdienstes tatsächlich zu realisieren sowie die Wahlaussagen zur Eröffnung einer angemessenen Beförderungsperspektive für die saarländische Vollzugspolizei umzusetzen.

Schließlich billigte der Ministerrat die Konzeption, indem er am 6. Februar 2001 unter Punkt 2 der Tagesordnung „die in der Konzeption dargestellten Maßnahmen für das Jahr 2001 und die Planungen für die Folgejahre 2002 bis 2005 zustimmend zur Kenntnis nahm“.

Mit ein entscheidender Punkt dieser nunmehr vom Ministerrat beschlossenen Konzeption war, dass nach fünf Jahren, also am Ende des Jahres 2005, alle in der Bes.-Gr. A 7 und A 8 befindlichen Beamtinnen und Beamten mindestens in der Bes.-Gr. A 9 m. D. sein sollten, um somit zehn Jahre nach Beginn der ausschließlichen Einstellung zum gehobenen Dienst auch den vorhandenen Beschäftigten des mittleren Dienstes die gebotene Per-

**BRIEF AN PETER MÜLLER**

spektive zu bieten. Nach der Planung hätten somit bis 2005 856 Beförderungen nach A 9 m. D. erfolgen müssen. Aufgrund der in den Folgejahren tatsächlich zur Verfügung stehenden Beförderungsbudgets konnten demgegenüber aber bis zum Ende des Jahres 2006 nur 557 Beförderungen vorgenommen werden, also 299 weniger als in der Planung für bis Ende 2005 vorgesehen.

Aktuell sind noch 189 Polizeiobermeisterinnen und -meister in der saarländischen Polizei vorhanden. Aus Sicht der GdP ist dies ein beklagenswerter und unhaltbarer Zustand, und dies umso mehr, als dass häufig eben diese KollegInnen die direkt zum gehobenen Dienst Eingestellten und in der Bes.-Gr. A 9 befindlichen nach ihrer Ausbildung in der polizeilichen Praxis anlernen sollen/müssen. Der aus unserer Sicht hier vorhandene Widerspruch liegt auch darin, dass die Zuordnung der Bes.-Gr. A 9 nach erfolgreicher Ausbildung für die „Direkteinsteiger“ rechtlich nicht als „Beförderung“ gesehen wird, sondern als „Zuweisung des Eingangsamtes“. Damit wird das Beförderungsbudget der Polizei nicht belastet. Im Gegensatz dazu ist dies bei den PolizeiobermeisterInnen, denen die Bes.-Gr. A 9 m. D. zugeordnet werden soll (also im Prin-

zip auch das „Eingangsamte in der Polizei“), aber sehr wohl der Fall.

Daher regen wir an, im Sinne dieser Argumentation die noch vorhandenen 189 Polizeiobermeisterinnen und -meister außerhalb des Beförderungsbudgets der Polizei der Bes.-Gr. A 9 m. D. zuzuordnen. Eine solche Entscheidung würde die Spielräume bei der Verteilung des Beförderungsbudgets für die anderen Besoldungsgruppen in der Polizei erhöhen, und somit nicht nur bei den Betroffenen, sondern insgesamt auf eine sehr große Akzeptanz treffen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich will am Ende nochmals den „Kreis zum Ausgangspunkt, nämlich zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten, schließen“. Würde man entsprechend des Tarifabschlusses den Beamtinnen und Beamten für die Jahre 2006 und 2007 im Sinne einer sozialen Staffelung vergleichbare Einmalzahlungen gewähren, so hätten die Polizeiobermeisterinnen und -meister einen Anspruch von insgesamt 910,- Euro.

Auch vor diesem Hintergrund verbleibe ich in der Hoffnung einer positiven Antwort und mit freundlichen Grüßen.

*Hugo Müller*

**DEMONSTRATION IN FRANKFURT**

Organisationsgrad der IG-Metall. Mit Kind und Kegel sind die Kolleginnen und Kollegen der IGM unterwegs, um auf Missstände hinzuweisen und diese anzuprangern.

Ab 11.00 Uhr schlängelte sich dann ein mächtiger Demonstrationsszug durch Frankfurt. Ziel

ergeschenke für Unternehmen, die aus lauter Dankbarkeit dann Arbeitsplätze abbauen u. v. m.

Hauptredner in Frankfurt war der IG-Bau-Vorsitzende Klaus Wiesehügel, der die geplanten Reformen als „Kürzungsprogramme“ nicht jedoch als Erneuerungen i. S. der Arbeit-



*Vera Koch und Dieter Meissner auf dem „Römer“. Foto: Dirk Schnubel*

war der Römerplatz, wo die eigentliche Kundgebung stattfand. Dass der Römerplatz bei geschätzten 25 000 Demonstrationsteilnehmern aus allen Nähten platzte war gut so. Gut so war auch, dass eine kleine Schar GdPler vor dem Römer „Flagge“ zeigte. Ging es doch um Themen wie Gesundheitsreform, Rente mit 67, Kündigungsschutz, Steu-

nehmerinnen und Arbeitnehmer bezeichnete.

Die fast dreistündige Veranstaltung auf dem Römerplatz war sehr interessant und kurzweilig und hat für ein großes Medieninteresse gesorgt. In den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF stand die Berichterstattung jedenfalls an erster Stelle.

*Dirk Schnubel*

**DEMONSTRATION IN FRANKFURT**

**Das geht besser.  
Aber nicht von allein!**

**Für die soziale Erneuerung Deutschlands**

Unter diesem Motto stand am 21. 10. 2006 eine machtvolle Demonstration der DGB-Gewerkschaften. Weit über 200 000 Menschen versammelten sich in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München, um gegen die geplanten sozialen Einschnitte zu demonstrieren. Saarländischer Demonstrationsschwerpunkt war Frankfurt am Main. Am frühen Sams-

tagmorgen machten sich daher über 5000 saarländische Gewerkschafter mit zwei Sonderzügen und rund 70 Bussen auf den Weg in die Finanzmetropole Frankfurt. Ob IG-Metall, ver.di, IG-Bau, Transnet, NGG, GEW oder GdP, alle hatten mehr oder weniger starke Abordnungen auf die Beine gebracht. Für mich bewundernswert ist immer wieder bei solchen Veranstaltungen der hohe

Anzeige

Professionelle Zahnreinigung	Prophylaxe	Recallservice	Dentalästhetik
			
<b>Zahnarztpraxis Annemarie Richter Dr. Martin Hassdenteufel</b>			
Friedhofstraße 9 66129 Bübingen Tel. 0 68 05/83 59 Fax 0 68 05/15 69			
Empfang von 7.45 Uhr bis 18.30 Uhr · Termine nach Vereinbarung!			
Implantologie		Digitales Röntgen	

**TAUSCHPARTNER GESUCHT**

Polizeikommissar im Wechselschichtdienst des PP Rheinpfalz, PD Ludwigshafen, PI LU 1 sucht eine(n) Tauschpartner(in) aus dem Saarland. Bei bestehendem Interesse bin ich wie folgt zu erreichen: Olvhill@aol.com, Handy: 01 78/1 67 20 54

# Beabsichtigte Wiedereinführung einer erleichterten Bearbeitung so genannter Bagatellunfälle zum 1. 1. 2007

Von Bernd Brutscher, LPD

## Historie

Mit verschiedenen Erlassen und der Einführung der PDV 351 (SL) wurde in den 90er Jahren verfügt, dass ab 1. April 1992 bei Unfällen der damaligen Gruppe A (nur Sachschaden unter 4000 DM; Verwarnungstatbestand), die ab dem 1. 1. 1995 als S-1-Unfälle bezeichnet wurden, keine Sachbearbeitung mehr erfolgt. Diese bis heute geltende Regelung erfordert aber weiterhin von der Polizei

- die Unfallstelle aufzusuchen,
- Maßnahmen der Gefahrenabwehr einzuleiten und
- deliktisches Handeln mit einer Verwarnung zu ahnden.

Den Unfallbeteiligten ist eine Personalienaustausch-Karte auszuhändigen, um die zivilrechtliche Schadensabwicklung zu unterstützen.

Der Verkehrsunfall wird lediglich statistisch nach den Kriterien innerorts, außerorts oder BAB erfasst.

Mit dieser Regelung sollte, ohne die Qualität der Verkehrssicherheitsarbeit und die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags zu beeinträchtigen, eine Entlastung der Polizei sowie ein effizienterer Personaleinsatz erzielt werden.

Gestützt wurde diese Entscheidung auf die Prognose, dass ohne Berücksichtigung der so genannten Bagatellunfälle noch ca. 70% der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle für Zwecke der Verkehrsunfallanalyse zur Verfügung stehen. Die damit verfügbare Datengrundlage wurde – trotz kritischer Haltung des damaligen Schutzpolizeiamtes – als ausreichend angesehen.

## Verfahren in anderen Bundesländern

Die Diskussion über eine Entlastung der Polizei durch den Wegfall der Sachbearbeitung bei



## Verkehrsunfälle der Kategorie 5

### Argumente

Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen der Unfallkategorie 5  
Ergebnis einer Länderumfrage durch MIFFS vom März 2006

	BB	BR	BW	BY	HB	HE	HH	MV	NI	NW	RP	SL	SH	SN	ST	TH
1. Führt die Polizei den Unfallort an?	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
2. Wenn ja, welche Maßnahmen erfolgen?																
2.1 normale Unfallaufnahme	X	X			X										X	X
2.2 reduzierte Unfallaufnahme			X	X		X	X	X	X	X	X					X
2.3 keine VU-aufnahme – zivilrechtliche Regulierung												X	X			
2.4 Aushändigung Personalien-Austauschkarte?	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X
2.5 Verwarnung mit Verwarngeld als Regelsanktion?	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X		X	X	X

Quelle: Power-Point-Präsentation LPD/Füst./STB 1/SB 13, Folien 23, 12, 3

so genannten Bagatellunfällen wurde seinerzeit in allen Ländern geführt. Letztlich haben sich neben dem Saarland lediglich die Länder Hessen und Schleswig-Holstein zu diesem Schritt entschlossen.

## Auswirkungen dieser Verfahrensweise

Im Ergebnis einer Betrachtung der Langzeitentwicklung ist heute festzustellen, dass der Verzicht auf die Bearbeitung der S-1-Unfälle (1992 noch als A-Unfälle bezeichnet) die Validität der Erkenntnisgrundlagen für eine zielgerichtete polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit beeinträchtigt hat. Dies offenbart sich in folgenden Problemfeldern:

- Gegenüber 1992 ist die Verfügbarkeit von Verkehrsunfalldaten als der wesentlichen Analysegrundlage für die Verkehrssicherheitsprävention von den prognostizierten 70% auf aktuell nur noch 38% des poli-

nalitätsfeld „manipulierte Verkehrsunfälle“.

- Der Bürger erwartet von seiner Polizei (Stichwort: Bürgerpolizei) eine qualifizierte Hilfeleistung auch bei Sachverhalten, die aus polizeilicher Sicht als Bagatelle gesehen, aus Sicht des Bürgers aber meist als Ausnahme-situation erlebt wird.

Die bisherige Praxis des Saarlandes, auf die zumindest vereinbarte Bearbeitung der S-1-Unfälle zu verzichten, wird auch weiterhin bis auf Hessen und Schleswig-Holstein von allen anderen Ländern abgelehnt. Sie steht zudem im Widerspruch zu den Zielen und Inhalten der vom Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz verabschiedeten Leitlinien für die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit und der bundesweit anerkannten und eingeführten Grundlagen für die Arbeit der Verkehrsunfallkommissionen (Empfehlungen des Instituts für Straßenverkehr des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft).

## Ergebnis der Gesamtbetrachtung

Die Wiedereinführung der Bearbeitung so genannter Bagatellunfälle im erleichterten Verfahren ist durch die damit realisierte Verbesserung der Datenqualität für Verkehrsunfallanalysen und die Arbeit der Verkehrsunfallkommissionen gerechtfertigt. Hinzu kommen zu erwartende deutliche Qualitätssteigerungen für die polizeiliche Einsatzplanung und das Kriminalitätsfeld „manipulierte Verkehrsunfälle“. Ein wesentliches Pro-Argument dürfte auch die damit einhergehende bessere

**MODIFIZIERUNG DER VU-SACHBEARBEITUNG**

Berücksichtigung der subjektiven Sicherheitsbedürfnisse der Bürger sein. Deren „Verkehrsunfallfurcht“ hat nach einer Langzeitstudie der R+V-Versicherung zu den Ängsten der Deutschen 2005 – konträr zur rückläufigen Angst, Opfer einer Straftat zu werden – gegenüber dem Vorjahr von 33% auf 39% zugenommen.

Die Landespolizeidirektion votierte nach Abwägung aller Fakten in einer Vorlage an das MfIFFS im Zusammenhang mit der Umstellung der Vorgangsbearbeitung von DIPOL auf POLADIS (SAVIS) für die Einführung einer vereinfachten Sachbearbeitung der bisherigen S-1-Unfälle.

Dieses Votum hat die Landespolizeidirektion am 23. 8. 2006 im Rahmen einer hierzu einberufenen Besprechung mit den Leitungen der Polizeibezirke und der Polizeiinspektionen abgestimmt.

Die Absicht zur Wiedereinführung der Bearbeitung so genannter Bagatellunfälle in einem erleichterten Verfahren ist mittlerweile auch vom Polizeihauptpersonalrat zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

**Verfahren**

Die vereinfachte Bearbeitung sieht im Wesentlichen die Erfassung von Daten zu

- Unfallzeit,
- Unfallort,

- Unfallbeteiligten (Personalien, Erreichbarkeit, Fahrerlaubnisdaten),
- Unfallursachen,
- Besonderheiten der Unfallstelle und
- äußeren Umständen (Witterung, Straßenzustand) vor.

Gegenüber der vollständigen Unfallaufnahme ist der Datenerfassungsaufwand deutlich reduziert.

**Neuer Begriff „Unfallkategorie 1 bis 5“**

Der zum 1.1.2007 bevorstehende Systemwechsel bei der polizeilichen Vorgangsbearbeitung von DIPOL auf das von Rheinland-Pfalz übernommene POLADIS-Verfahren (im Saarland als SAVIS bezeichnet) stellt darüber hinaus nach Auffassung der Landespolizeidirektion einen geeigneten Zeitpunkt für die notwendige Korrektur der bisherigen Praxis des Verzichts auf die Sachbearbeitung von S-1-Unfällen (so genannte Bagatellunfälle) dar.

Für die zeitgleiche Realisierung spricht vor allem, dass im POLADIS- bzw. SAVIS-Verfahren bereits die Möglichkeit der vereinfachten Bearbeitung dieser Verkehrsunfälle (Gruppe 5.1) vorgesehen ist.

Die neuen Bezeichnungen entsprechen damit den seit Jahren im Straßenverkehrsunfall-Statistikgesetz geläufigen Begriffen.

**Verkehrsunfälle der Kategorie 5**  
 Folgen dieser Verfahrensregelung

**Verlust an Bürgerorientierung**

- Ergebnis einer Langzeitstudie der R+V-Versicherung: „Verkehrsunfallfurcht“ der Deutschen hat 2005 gegenüber Vorjahr um 6 Prozentpunkte auf 39 % zugenommen  
 Furcht, Opfer einer Straftat zu werden, ging dagegen auf 24 % zurück
- Umfrageergebnis ist Spiegelbild des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger in Bezug auf Verkehrssicherheit
- Ziel einer qualifizierten VS-Arbeit ist die Verbesserung der subjektiven Sicherheitskriterien = Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse der Bürger im Straßenverkehr

**Bürger erwartet von Polizei eine qualifizierte Hilfeleistung auch bei leichtem VU, der für ihn keine Bagatelle, sondern Ausnahmesituation ist**

**Verkehrsunfälle der Kategorie 5**

Unfallkategorie

Schwerste Unfallfolge	Unfallkategorie	Beschreibung
Unfall mit Getöteten	Kategorie 1	Mindestens ein getöteter Verkehrsteilnehmer
Unfall mit Schwerverletzten	Kategorie 2	Mindestens ein schwer verletzter Verkehrsteilnehmer, aber keine Getöteten
Unfall mit Leichtverletzten	Kategorie 3	Mindestens ein leicht verletzter Verkehrsteilnehmer, aber keine Getöteten und keine Schwerverletzten
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden	Kategorie 4	Unfälle mit Sachschaden und Straftatbestand oder Owi-Anzeige, bei denen mind. ein Kfz nicht mehr fahrbereit ist (Abschleppen), Alle übrigen Sachschadensunfälle mit Alkohol
Sonstiger Unfall mit Sachschaden	Kategorie 5	Sachschadensunfälle - mit Straftatbestand oder Owi-Anzeige ohne Alkohol, bei denen alle Kfz fahrbereit sind, -- mit lediglich geringfügiger Owi (Verwarnung), unabhängig, ob Kfz fahrbereit oder nicht fahrbereit

Anzeige

**GdP Reiseservice informiert**

**Achtung!**

**Die Sommerkataloge 2007 sind da!**

**Jetzt mit Frühbucherpreisen buchen und viel Geld sparen!**

**Zusätzlich ab 4,5 % Zuschuss für GdP-Mitglieder!**

**Tel.: 0681-841240**

# Supervision – nur ein Beratungsangebot des Dienstherrn oder mehr?

Von Markus Summa

Jeder Polizeibeamte kennt den schlichten Begriff „Gebetbuch des Polizeibeamten“, also die PDV 100. Dort wird in der Ziffer 1.5.3.5 von Belastungssituationen gesprochen. Diese Ziffer war Grundlage, dass im Jahr 2003 eine Konzeption zur Einleitung von Betreuungsmaßnahmen – Medizinisch-psychologische Betreuung nach besonders belastenden Ereignissen für die saarländische Polizei erarbeitet worden ist. (S. a. Intranet Polizeiplus).

Damals war den Verantwortlichen bewusst, dass allgemeine Belastungssituationen in dieser Betreuungskonzeption unberücksichtigt blieben. Um aber der Bedeutung allgemeiner Belastungssituationen Rechnung zu tragen, wurde ein Handlungsbedarf in dieser Hinsicht gesehen. Daher erhielt die Fachhochschule für Verwaltung, Fachbereich Polizeivollzugsdienst, den Auftrag, ein Angebot zu dem Thema „Supervision“ im Fortbildungsprogramm 2004 zu erarbeiten. Von Mai 2004 bis Januar 2005 wurden dann Führungskräfte des höheren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes durch die Polizeiseelsorgerin für das Thema „Supervision und Coaching“ sensibilisiert. Seit dieser Zeit konnte also auf diese Fürsorgemaßnahme zurückgegriffen werden. Aber es mangelte weiterhin an einer Konzeption, in der u. a. ablauforganisatorische Regelungen im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Supervision festgelegt worden sind.

In zwei Workshops unter Beteiligung des Polizeihauptpersonalrates ist dann eine Konzeption „Supervision in der Vollzugspolizei des Saarlandes“ erarbeitet worden. Die beiden wesentlichen Orientierungspunkte auf dem Weg zu dieser Konzeption waren die Schaffung einer einheitlichen Verständnislage von Supervision sowie die

Einhaltung des Dienstweges bei der Bedarfsmeldung von Supervision. Die Konzeption stellt somit ein ergänzendes Angebot bereits bestehender Instrumentarien (wie z. B. Mitarbeitergespräche, Einsatzvor-/nachbereitungen, Qualitätszirkel, Polizei-seelsorge, Polizeipsychologischer Dienst etc.) in der saarländischen Vollzugspolizei zur Bewältigung und zum Umgang mit alltäglichen Problemen/Belastungen dar. Da die Definitionen und Begriffserklärungen von „Supervision“ sehr vielfältig sind, wurde für die Konzeption folgende Definition zugrunde gelegt:

„Supervision ist ein professionelles Beratungsangebot, das zur Sicherung und Verbesserung der Qualität beruflicher Arbeit eingesetzt wird, das grundsätzlich der Entwicklung von Personen und Organisationen dient und sich auf Kommunikation und Kooperation im Zusammenhang mit beruflicher Arbeit bezieht und Reflexion ist.“

Sie setzt sich also konstruktiv-konfrontativ mit Erlebnissen, Problemen, Konflikten und Fragen aus dem beruflichen Alltag auseinander. Supervision bietet Chancen zur emotionalen Entlastung des Einzelnen, zur Erhöhung der Arbeitszufriedenheit im Team sowie zur Personalentwicklung der gesamten Organisation. Sie gewährt einen unbelasteten Blick von außen. Typischerweise beschäftigt sich Supervision u. a. mit folgenden Themenfeldern: Kommunikationsverhalten, Führung und Delegation, Veränderungsprozesse, Konfliktbewältigung, Projekte, Mobbing, Teamkonflikte, Krisenbewältigung, Motivationsfragen, Entscheidungsfindung, Stressbewältigung, Burn-out-Prävention, Vorbereitung auf neue Aufgaben und Funktionen, Betriebsklima, Umstrukturierung, Vorgesetzte.

Teilnehmer einer Supervision sind der externe Supervisor sowie der oder die Antragsteller (Supervisor/en). Basis des Beratungsangebotes ist das Prinzip „Freiwilligkeit“ für alle Beteiligte. Zielgruppen von Supervision sind der Einzelne, Teams (z. B. Dienstgruppen, Spezialeinheiten) und Gruppen (z. B. DGL, PIL).

Von der Bedarfsfeststellung bis hin zur Durchführung von Supervision ist folgende Ablaufstruktur zugrundegelegt worden:

1) Der Einzelne, Teams oder Gruppen stellen einen Supervisionsbedarf fest.

2) Der oder die Bedarfsträger stellen auf dem Dienstweg einen formellen Antrag auf Supervision an die Entscheiderstelle. Der Dienstweg stellt sicher, dass die vorgesezten Stellen über die Anliegen informiert sind und die Möglichkeit einer Beteiligung besteht. Die formellen Anträge auf Supervision sind in jedem Fall der Entscheiderstelle zuzuleiten.

Hierbei ist zu beachten, dass die persönliche Mitteilung oder Information bei Problemen jedweder Art an Personalvertreter, Schwerbehindertenvertreter, Frauenbeauftragte oder Polizeiseelsorger hiervon unberührt bleiben. Diese werden immer ein offenes Ohr für die Probleme der Kollegenschaft haben.

3) Die Entscheiderstelle wird durch den Polizeipsychologen wahrgenommen. Dieser verfügt über die notwendige fachliche

Kompetenz, um über die Notwendigkeit von Supervision zu entscheiden.

4) Bei Entscheidung für Supervision erfolgt ein Vertragsabschluss mit einem geprüften externen Supervisor.

5) Durchführung der Supervision, wobei die Durchführungszeiten als Dienstzeit gelten. Es besteht Dienstunfallschutz während des Weges nach und von der Durchführungörtlichkeit der Supervision.

6) Der externe Supervisor meldet der Entscheiderstelle den Abschluss der Supervision und legt seine Rechnung vor.

Nach einer bestimmten Zeit wird dann Bilanz gezogen, ob sich Supervision für die saarländische Vollzugspolizei bewährt hat oder nicht. Somit ist schon festgelegt, dass die Konzeption nichts Starres sondern ein fließender Prozess ist, welcher stetig weiterentwickelt werden soll.

Supervision ist nichts Neues – sie wird schon sehr erfolgreich mit Angehörigen anderer Berufe wie Ärzte, Lehrer, Unfallretter, Sozialarbeiter, Klinikteams, Erziehergruppen, Pflegediensten etc. angewandt.

Also ein Appell an alle KollegInnen: Bei aller Skepsis gegenüber einer neuen Maßnahme: **Geht konstruktiv kritisch mit der angebotenen Möglichkeit um, aber geht damit um. Denn richtig ausgeführt kann Supervision uns alle nur weiterbringen.**



# 1. Beach-Ball-Turnier der PI Sbr.-Burbach

Am 1. 9. 2006 fand auf der Beach-Ball-Anlage in Fischbach das 1. Beach-Ball-Turnier der Polizeiinspektion Saarbrücken-Burbach statt. Initiiert und hervorragend organisiert wurde der Ball-Spaß von Thorsten Derr (DG - A-), welcher mit Unterstützung aus familiären Reihen und seiner Dienstgruppe eine Veranstaltung auf die Beine stellte, bei der das Aufwand-Fun-Verhältnis absolut stimmte. Der gerechte Wettergott tat das Seinige dazu und segnete das „Open-Air-Event“ (Neu-



**Turnierleitung und Verpflegungsstation**

hochdeutsch ... oder so ...) mit dem strahlendsten Sonnenschein der umliegenden Wochen.

Zehn Mannschaften hatten sich mit illustren Namen wie „Der Wolf und das Geißlein“, „VC Ball verschluckt“, „Die Küchenschwänzja“, „Big-Small“, „Kommando Kellerdaal“ oder „Pit's Power Team“ angemeldet und waren bereit, für die ausgelobte Preispalette – gestiftet von der Gewerkschaft der Polizei – alles zu geben.

In zwei Gruppen wurden zunächst in spannenden, kampfbetonten Spielen die vier Finalisten ermittelt. Hierbei war festzustellen, dass trotz viel Klamauk und Witzeleien die sportlich ambitionierte Note nicht zu kurz kam. Hinzu kamen „fachmännische“ Kommentare aus den Zuschauerreihen („awwei hat enn Freiburg de Seismograf ausgeschlah“ oder „gebbds disch aach enn schnell?“), welche die Akteure/-innen zu Höchstleistungen anspornten.

Am Ende bildeten die Mannschaften „Die Welpen“ (Thorsten Derr/Vanessa Lamers), „Gum-

mibärchenbande“ (Wencke Förster/Winfried Altmeyer), „Ave Cäsar“ (Nadja Klein/Michael Marx) und „Die Rummstirza“ (Bernd Keller/als Ersatz für Johannes Kunkel, Lothar Seel) die Riege der „Final Four“ (wieder Neuhochdeutsch).

In einem packenden Dreisatzmatch konnten sich die Gummibärchen gegen die Welpen durchsetzen und standen damit im Finale. In dem zweiten Spiel reichten den Stirza zwei Sätze gegen die Cäsarianer, was weniger auf spielerisches Können als vielmehr auf den Einsatz eines ausgeruhten Ersatzmannes zurückzuführen war.

Im Spiel um Platz 3 hatten am Ende die Cäsarianer ihre Nasen vorn, wohl auch weil Turnierleiter Thorsten Derr und Mitstreiterin Vanessa Lamers als Veranstalter der Kollegenschaft der DG -C-gerne den Vortritt ließen.

Im Finale kam es dann zum Showdown zwischen Technik und Kampf, Virtuosität und körperbetontem Einsatz. Der erste Satz ging hier an die „Rummstirza“, welche beharrlich das Spielfeld durchpflügte und nach längerem Gleichstand davonziehen



**Technik pur**

**Fotos: Jürgen Hoffmann**

konnten. Im zweiten Satz kam die „Gummibärenbande“ besser ins Spiel und konnte diesen klar für sich entscheiden. Hierbei wurde das spielerische Niveau dieser beiden Akteure immer wieder deutlich, beginnend bei

exakten Aufschlägen bis hin zu schön gestellten Netzrollern.

Der dritte Satz war bis zum Stande von 6 : 6 völlig offen. Dann konnte Wencke Förster mit einer herrlichen Aufschlagsserie in einem Zwischensprint ihre Mannschaft auf 11 : 6 davonziehen lassen. Trotz erbitterter Gegenwehr und weiteren U-Boot-artigen Angriffen auf das Spielfeld, konnten die „Rummstirza“, welche ihrem Namen alle Ehre machten, den Spieß nicht mehr umdrehen und mussten sich 12 : 8 geschlagen geben. Somit hatte das Turnier in Wencke Förster und Winni Altmeyer einen würdigen Sieger gefunden.

Die anschließende Siegerehrung wurde gemeinsam von

Thorsten Derr und dem langjährigen GdP-Kameraden und Vertrauensmann Bernd Kimmling vorgenommen.

Die ersten vier Mannschaften erhielten hochwertige Sachpreise in Form von Lebensmitteln und alle anderen Teilnehmer als Trostpreis einen Schlüsselanhänger der GdP. Alle Preise waren von der Gewerkschaft der Polizei dankenswerterweise zur Verfügung gestellt worden.

Einstimmige Meinung nach dem Turnier war, dass diese Veranstaltung auch im nächsten Jahr wieder fester Bestandteil des Dienstsportes sein sollte, so dass es erneut heißen kann:

„Möge der Erste gewinnen!!!“  
... oder so ... **FF**

Anzeige



**Junge Gruppe  
Schifreizeit  
La Villa/ Dolomiten  
20.01.2007 - 27.01.2007**





**Schifreizeit  
im Herzen  
der Dolomiten**

**UNSER ANGEBOT**

7 Tage Halbpension überwiegend in Doppelzimmern in der Pension Camoscio, mitten im Schigebiet, Sechstageschipass Superdolomiti, Bus-transfer nach und von La Villa mit modernem Reisebus ... und noch ein paar Überraschungen mehr.

**SUPERDOLOMITI**

Der Skipass Dolomiti Superski gilt auf 450 Aufstiegsanlagen, die 1.220 Pistenkilometer erschließen. Das entspricht der Strecke von Cortina bis Hamburg. Der überwundene Höhenunterschied beträgt 131 Kilometer. Das ist 15mal höher als der Mount Everest (8.848 m). Mehr als 1.000 Pistenkilometer können mit Kompaktschnee beschneit werden.

**PENSION CAMOSCIO**

In diesem gemütlichen und familiären Ambiente können wir uns so richtig entspannen und die typische ladinische Gastfreundschaft genießen. Neuer Wellnessbereich.

**Preis:**  
**GdP-Mitglieder 679,00 €**  
**Nichtmitglieder 699,00 €**

Ansprechpartner:  
 Hartmut Seiler  
 Tel.: 06858 1800  
 0681 962 2042  
 E-Mail: haseil@gmx.de



### Mitgliederversammlung

Am 11. 12. 2006, 14.00 Uhr, findet in Illingen, Galgenbergstraße 1, Lokal Kercher-Scheidt, die Jahresmitgliederversammlung der Kreisgruppe Neunkirchen statt.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totenehrung
3. Annahme der Tagesordnung
4. Grußwort der Gäste
5. Bericht des KG-Vorsitzenden
6. Bericht des Kassierers

7. Bericht des Landesbezirksvorsitzenden
8. Aussprache zu TOP 5-7
9. Ehrungen
10. Verschiedenes
11. Schlusswort

Alle GdP-Kolleginnen und -Kollegen sind zu der Veranstaltung herzlich eingeladen. Im Anschluss wird ein Imbiss gereicht. Unter den anwesenden Gästen wird ein GdP-WM-Lederfußball verlost.

*Der Kreisgruppenvorstand*

### JUNGE GRUPPE I

## Bildungsfahrt nach Freiburg

Nach fast einem ganzen Jahr Warten, hieß es letzten Samstag, gegen 10 Uhr morgens, endlich wieder „Einsteigen!“ – zur Bildungsfahrt 2006. Nachdem es letztes Jahr nach Köln ging, war dieses Jahr die wärmste Stadt

gen die Zimmer in der dortigen Jugendherberge.

Danach ging es gleich in die Stadt, um dort ein bisschen „Aufklärung“ zu betreiben.

Doch uns blieb nur eine knappe Stunde, um etwas orien-

### JUNGE GRUPPE I

sichtigung unter dem Titel „Täter, Opfer, Mordsgeschichten“, gehalten.

Und so führte uns der verkleidete Stadtführer – Pardon – „Inspektor Tötz“, der gänzlich in seiner Rolle des Kriminalbeamten aus längst vergangenen Tagen aufging, an die eher düsteren Schauplätze der Altstadt, wo Mord und andere Kapitalverbrechen Kriminalgeschichte geschrieben hatten.

Um einige Geschichten aus der Unterwelt reicher, hieß es anschließend, sich dem eher gemütlichen Teil der Fahrt zu widmen. In einem urigen Keller-Restaurant in der Innenstadt, dem „Tacheles“ (Danke fürs Organisieren, Eva), wurde bei deftigem Essen und gemütlichem Bierchen das bisher Erlebte besprochen und Pläne für den weiteren Verlauf des Abends gemacht.

Abschluss des Abends war der Besuch im „Jazz-Club“, in dem allerdings alles außer Jazz gespielt wurde – zu unserer „tanzwütigen“ Freude. Hier wurde gefeiert bis in den nächsten Tag hinein –

und man munkelt, nicht jeder hätte die Nacht in der Jugendherberge verbracht.

Die unterhaltsame Rückfahrt („Ist der Hans da?“) endete recht schnell wieder in Saarbrücken, wo die Bildungsfahrt offiziell für beendet erklärt wurde.

Ein Dank geht an Helmut, unserem Ia-Busfahrer von „Klos Omnibusreisen“, Herrn Wigand Alpers alias „Inspektor Tötz“ für die spannende Stadtführung sowie natürlich an unseren Landesjugendvorsitzenden, Jens Berner, für das Organisieren dieser tollen Fahrt. Und last but not least an alle Teilnehmer, die mit ihrer guten Stimmung und mit viel Begeisterung wieder einmal eine Bildungsfahrt zu einem unvergessenen Erlebnis gemacht haben.

Doch eine Frage bleibt: Wohin fahren wir denn das nächste Mal???

Eine CD-ROM mit über 300 Bildern von der Bildungsfahrt ist für alle Teilnehmer/-innen bei mir, Andreas Rinnert (P26a), oder über [info@jungegruppe-saarland.de](mailto:info@jungegruppe-saarland.de) erhältlich.

### JUNGE GRUPPE II



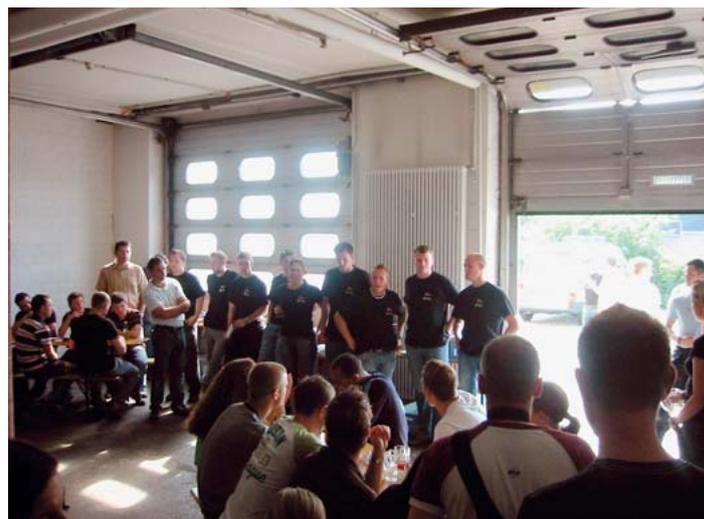
Die JUNGE GRUPPE auf Bildungsfahrt

Foto: JG

Deutschlands, Freiburg i. Br., das Ziel unserer Reise.

Nach einer ca. 3-stündigen, äußerst komfortablen Busfahrt, waren wir am frühen Nachmittag endlich in Freiburg und bezo-

stimmunglos umherzulaufen, denn der Stadtbesichtigungstermin stand an. Hierbei sollte es sich nicht um eine herkömmliche Stadtführung handeln, nein – standesgemäß war die Stadtbe-



Am 7. 9. 2006 begrüßte die JUNGE GRUPPE die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen im Rahmen eines Grillnachmittags auf dem Wackenberg. Jens Berner und sein Landesjugendvorstand stellte sich den jungen Polizistinnen und Polizisten vor. Neben heißem „Grillgut“ und kühlen Getränken gab es erste Hinweise für den neuen Beruf, u. a. zu Gehaltszahlungen pp. Ralf Porzel, Bruno Leinenbach, Wolfgang Schäfer und Charly Wannenmacher nahmen als Vertreter des Landesvorstandes an der Veranstaltung teil.

Foto: Dirk Schnubel